

Öllachen im Wasserschutzgebiet beim A49-Bau

Wie wir am vergangenen Freitag erfahren mussten, sind auf der A49-Trasse im Dannenröder Wald erhebliche Öllachen festgestellt worden. Etwa am Ende des oberen Drittels der Trasse von Süden her in der Nähe von archäologischen Ausgrabungsarbeiten. Einen Zusammenhang damit können wir nicht beurteilen. Das Austreten von Ölen und Schmierstoffen steht im absoluten Gegensatz zu den Versicherungen von DEGES, die sogar schriftlich in der Presse versichert hatte, dass solche Verunreinigungen im Trassenbereich ausgeschlossen werden könnten und für das Trinkwasserschutzgebiet keine Gefahren bestünden. Ein weiteres Mal müssen wir feststellen, dass die DEGES ihre Zusagen und Verpflichtungen nicht einhält.

Wir haben diesen Vorgang der Oberen Naturschutzbehörde beim RP Gießen sowie dem hessischen Umweltministerium gemeldet und erwarten, dass die Behörden unmittelbar einschreiten. Es wurde bereits in der Vergangenheit wegen ähnlicher Vorfälle im Herrenwald Anzeige bei den zuständigen Behörden im Landkreis Marburg-Biedenkopf gestellt, über deren Ausgang wir bislang nicht unterrichtet wurden. Wir fordern die Behörden auf, ihrer Verpflichtung nach dem Hessischen Umweltinformationsgesetz HUIG nach zu kommen und innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von vier Wochen Stellung zu den Anzeigen zu beziehen.

Was die Fälle illegaler Rodungen in jüngster Zeit im Maulbacher Wald betrifft, so haben wir einen Anwalt mit einer Anzeige und einer Dienstaufsichtsbeschwerde beauftragt. Wie eindeutig feststeht, besteht für die letzten Fällungen am 12. und 15. Februar im Maulbacher Wald keine Genehmigung. Im Gegenteil, die Fällgenehmigung wurde in Wiesbaden verwehrt.

Die intensiven Beobachtungen in den letzten Wochen durch die Maulbacher Bevölkerung und sicher auch die zeitweilige Besetzung im Maulbacher Wald haben dazu geführt, dass die Fällungen für die Stromtrasse zunächst einmal zurückgestellt wurden, bis ein rechtmäßiges Genehmigungsverfahren abgeschlossen und entschieden ist.

Wir erwarten, dass DEGES gemäß ihrer heutigen Pressemitteilung tatsächlich abwartet, ob diese Fällgenehmigung überhaupt erteilt werden wird.

Insgesamt finden wir es äußerst irritierend, dass ein Bund-Länder-Unternehmen mittels Beobachtung durch die Bevölkerung und Einschaltung von Behörden und Rechtsanwälten zu rechtsstaatlichem Verhalten gezwungen werden muss.

i.A. Barbara Schlemmer

Aktionsbündnis Keine A49!

<https://www.stopp-a49-verkehrswende-jetzt.de/>

Am Georgengraben 1, 35315 Homberg (Ohm)

06633 - 7853, 0152 - 08844314